

Landkreis Ebersberg

15. Wahlperiode 2020-2026/06\_SFB/22. SFB-Ausschuss



### Protokoll

## 18. Sitzung des SFB-Ausschusses mit öffentlichem und nichtöffentlichem Teil am Mittwoch, 19.04.2023 im Hermann-Beham-Saal

Beginn: 14:00 Uhr

Ende: 17:21 Uhr

Vorsitzender: Robert Niedergesäß  
Schriftführerin: Anja Lackner

### Anwesend sind:

#### CSU-FDP-Fraktion

Föstl, Magdalena  
Linhart, Susanne  
Markmiller, Susanne, Dr. abwesend ab 17:12 Uhr  
Matjanovski, Marina  
Schwaiger, Johann  
Ziegltrum, Sonja

#### GRÜNE-Fraktion

Eberl, Ottilie  
Oellerer, Reinhard  
von der Forst, Johannes

#### FW-BP-Fraktion

Lechner, Thomas  
Ried, Toni anwesend ab 14:07 Uhr

#### SPD-Fraktion

Poschenrieder, Bianka

#### AuG ÖDP-Linke

Ottinger, Marlene

#### AfD-Fraktion

Schmidt, Manfred

### Abwesend sind:

#### FW-BP-Fraktion

Maurer, Ludwig entschuldigt

#### SPD-Fraktion

Proske, Ulrich entschuldigt

#### AfD-Fraktion

Pelz, Heidelinde entschuldigt

---

Robert Niedergesäß  
Vorsitzender

---

Anja Lackner  
Schriftführerin

**Inhalt:**

**Öffentlicher Teil**

- TOP 1 Fragen und Anregungen von Bürgerinnen und Bürgern
- TOP 2 Eröffnung der Sitzung; Feststellung der Anwesenheit, Entschuldigungen und Beschlussfähigkeit, ordnungsgemäße Ladung, Einwände zur Niederschrift und Genehmigung der Tagesordnung
- TOP 3 Jahresbericht der ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten 2022/2023  
Vorlage: 2023/0948
- TOP 4 Haushalt 2022; Bericht über das Jahresergebnis 2022  
Vorlage: 2023/0864
- TOP 5 Fortschreibung des Demografiekonzepts 2023  
Vorlage: 2023/0949
- TOP 6 Einführung Bürgergeld; Erste Erfahrungen  
Vorlage: 2023/0945
- TOP 7 Sportförderung;  
Anpassung der Jugendsport- und Übungsleiterförderung an die Vereinspauschale  
Vorlage: 2022/0849
- TOP 8 Bekanntgabe von Eilentscheidungen
- TOP 9 Informationen und Bekanntgaben
- TOP 10 Bekanntgabe aus nichtöffentlicher Sitzung
- TOP 11 Anfragen

## Öffentlicher Teil

TOP 1	Fragen und Anregungen von Bürgerinnen und Bürgern
-------	---

keine

TOP 2	Eröffnung der Sitzung; Feststellung der Anwesenheit, Entschuldigungen und Beschlussfähigkeit, ordnungsgemäße Ladung, Einwände zur Niederschrift und Genehmigung der Tagesordnung
-------	--

Der Landrat eröffnet die Sitzung, stellt die ordnungsgemäße Ladung fest und gibt die Entschuldigungen bekannt. Zudem stellt er die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

Gegen die Niederschrift der 17. Sitzung vom 14.02.2023 gibt es keinen Einwand, somit ist diese einstimmig genehmigt.

Auch gegen die Tagesordnung gibt es keinen Einwand und sie ist einstimmig genehmigt.

TOP 3	Jahresbericht der ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten 2022/2023
-------	--

2023/0948

Abt. 6/ SG 62

Vorberatung

SFB-Ausschuss am 05.10.2016, TOP 2nö  
KSA-Ausschuss am 10.10.2016, TOP 14.1ö  
Kreistag am 24.10.2016, TOP 4.2ö  
SFB-Ausschuss am 04.10.2017, TOP 19ö  
SFB-Ausschuss am 21.03.2018, TOP 7ö  
SFB-Ausschuss am 10.04.2019, TOP 7ö  
SFB-Ausschuss am 02.07.2020, TOP 5ö  
SFB-Ausschuss am 10.03.2021, TOP 4ö  
SFB-Ausschuss am 02.02.2022, TOP 4ö

Sachvortragende(r):

Christine Niederreiter, Behindertenbeauftragte des Landkreises Ebersberg

Christine Niederreiter, Behindertenbeauftragte des Landkreises Ebersberg, hält einen Sachvortrag anhand einer Präsentation (Anlage 1 zum Protokoll).

Der Landrat bedankt sich bei Christine Niederreiter für ihr hilfreiches Wirken und Engagement.

Es folgt keine Wortmeldung.

**Der SFB-Ausschuss nimmt den Tätigkeitsbericht 2022/2023 der ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten zur Kenntnis. Der nächste Tätigkeitsbericht erfolgt turnusmäßig im ersten Halbjahr 2024.**

TOP 4	Haushalt 2022; Bericht über das Jahresergebnis 2022
-------	---

2023/0864

Sachvortragende(r): Katja Witschaß, Sachbearbeiterin SG 14, Finanzen, Beteiligungen

Katja Witschaß, Sachbearbeiterin SG 14, hält einen Sachvortrag anhand einer Präsentation (Anlage 2 zum Protokoll).

KR Manfred Schmidt erkundigt sich nach den veranschlagten Aufwendungen der Kostenstelle Asyl. Wissenswert sei, ob diese den gesetzlich festgelegten Werten entsprechen würden oder darüber hinaus freiwillige Leistungen erbracht worden seien.

Brigitte Keller, Leiterin der Abteilung Zentrales und Bildung, informiert, dass es sich vorliegend um eine Pflichtaufgabe handele, die entsprechend der gesetzlichen Vorgaben erfüllt werde.

KR Reinhard Oellerer bittet um Information über die Art und Höhe der erteilten Förderung für Adminleistungen. Tendenziell seien die Systembetreuer der Schulen eher unzureichend mit finanziellen Mitteln ausgestattet, eine derartige Förderung verbessere den Digitalisierungsprozess.

Brigitte Keller sichert eine Beantwortung der Fragen als Protokollnotiz<sup>1</sup> zu.

KRin Marlene Ottinger führt aus, dass die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine zwischenzeitlich endgültig in Deutschland spürbar seien, die Kosten seien massiv angestiegen. Dies zeige sich auch im Bereich der Gastschüler, dessen Kostenüberschreitung enorm sei. Dahingehend plädiere sie für eine baldmögliche Errichtung des Berufsschulzentrums Ebersberg in Grafing Bahnhof. Sodann äußert sie ihre Sorge den Haushalt 2023 betreffend. Bereits im Jahr 2022 sei dieser, aus nachvollziehbaren Gründen, mit 14 Prozent überschritten worden. Sie habe bereits damals eine deutlichere Erhöhung der Kreisumlage gefordert. Zukünftig sei von weitaus größeren finanziellen Schwierigkeiten des Landkreises auszugehen.

---

<sup>1</sup> Es handelt sich hierbei um eine Landesförderung:

Es wurden Landesmittel von jeweils jährlich 19,6 Mio. € (2021 bis 2024) — die Mittelbereitstellung durch den Bayerischen Landtag vorausgesetzt — ausgewiesen. Aus den Landesmitteln werden Kosten der IT-Administration flexibel und unabhängig von der Herkunft der betreuten Infrastrukturen ergänzend gefördert.

Der Landkreis Ebersberg erhielt im Jahr 2022 hieraus insgesamt 76.592 €, welche auf die Schulen entsprechend aufgeteilt und auf die jeweilige Kostenstelle verbucht wurde, siehe ebenfalls Anhang.

Fördergegenstände:

- Personalkosten als Personalmittel für angestellte IT-Administratorinnen und IT-Administratoren (Personal des Schulaufwandsträgers)
- Personalkosten als Sachmittel für Administrations- und Supportverträge (externe Beauftragung von Dienstleistern)
- Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen von angestellten IT-Administratorinnen und IT-Administratoren

Der Landkreis Ebersberg hat die Adminförderung auf Grund der Supportverträge, welche mit externen Dienstleistern zur Unterstützung der Systembetreuer (= Lehrkräfte) an unseren Landkreis-Schulen bestehen, beantragt. Angestellte IT-Administratoren für das pädagogische Netz sind an unseren Landkreis-Schulen nicht beschäftigt.

Grundsätzlich würden die Aufwendungen des Landkreises im Bereich der Berufsschulen sogar sinken, so Brigitte Keller. Zudem gebe sie zu bedenken, dass – auch bei zeitnaher Errichtung des Berufsschulzentrums – nur ein geringer Teil der Vielzahl an Berufsschulzweigen im Landkreis verortet wäre. Grundsätzlich stimme sie jedoch zu; die Gastschulbeiträge im Bereich staatlicher Schulen seien nicht kostendeckend, der Unterhalt einer eigenen Berufsschule hingegen schon. Ausschlaggebend für die Erhebung von Gastschulbeiträgen sei dabei nicht der Wohnort, sondern die Ausbildungsstätte, der Anteil landkreiseigener Schüler betrage rund 10 Prozent. Sodann führt sie aus, dass sie von einer deutlichen Unterfinanzierung des Haushaltes 2023 im siebenstelligen Bereich ausgehe.

KRin Ottilie Eberl plädiert dafür, die Kostenstelle „Sport- und Gastschüler“ im Haushalt mit einem höheren Betrag zu veranschlagen, allein unter Berücksichtigung des stetigen Wachstums des Landkreises. Anhand der verwaltungsintern genutzten Tools könne eine verlässliche Aussage über die Entwicklung der Schülerzahlen im Bereich der Fach- und Berufsoberschulen getroffen und entsprechend berücksichtigt werden.

Grundsätzlich sei dies selbstverständlich denkbar, so Brigitte Keller. Die Zahl der Schüler sei dabei jedoch lediglich eine Determinante, vielmehr Einfluss habe der Abrechnungszeitpunkt der Gastschulbeiträge durch die Nachbarlandkreise sowie die Entwicklung der Gastschulbeiträge.

#### **Der SFB-Ausschuss fasst folgenden Beschluss:**

- 1. Die überplanmäßige Ausgabe auf der Kostenstelle 210 (Wohnungswesen, Ausbildungsförderung, Versicherungsangelegenheiten) in Höhe von 116.347 € € wird genehmigt.**
- 2. Die überplanmäßige Ausgabe auf der Kostenstelle 835 (Zweckverband Realschule Vaterstetten, Umlageanteil LK) in Höhe von 119.424 € wird genehmigt.**
- 3. Die überplanmäßige Ausgabe der Investition 865-0021 Gymnasium Kirchseeon: DigitalPakt Schule in Höhe von 166.325 € wird genehmigt.**



einstimmig angenommen

Ja 15 Nein 0 Anwesend 15

#### **Der SFB-Ausschuss fasst folgenden Beschluss:**

**Dem Kreis- und Strategiausschuss wird folgender Beschluss vorgeschlagen:**

**Dem Kreistag wird folgender Beschluss vorgeschlagen:**

- 1. Die überplanmäßige Ausgabe auf der Kostenstelle 114 (Sport und Gastschüler) in Höhe von 1.175.944 € wird genehmigt.**
- 2. Die überplanmäßige Ausgabe auf der Kostenstelle 220 (Sozialamt - örtlicher Träger) in Höhe von 593.319 € wird genehmigt.**

- 3. Die überplanmäßige Ausgabe auf der Kostenstelle 222 (Asyl) in Höhe von 435.153 € wird genehmigt.**
- 4. Die überplanmäßige Ausgabe auf der Kostenstelle 250 (Jobcenter Ebersberg) in Höhe von 757.015 € wird genehmigt.**
- 5. Die überplanmäßigen Aufwendungen des Teilbudgets des SFB- Ausschusses in Höhe von 2.531.520 € werden genehmigt.**



einstimmig angenommen

Ja 15 Nein 0 Anwesend 15

<b>TOP 5</b>	<b>Fortschreibung des Demografiekonzepts 2023</b>
2023/0949	Abteilung 6/Sachgebiet 62
Vorberatung	SFB-Ausschuss am 12.05.2022, TOP 3ö
Sachvortragende(r):	Jochen Specht, Sachgebietsleiter SG 62, Sozialplanung und Demografie Petra Aschenbrenner, stv. Sachgebietsleiterin SG 62

Der Landrat führt in das Thema ein. Die Entwicklung eines demografischen Gesamtkonzepts sei im Jahr 2013 auf Initiative von KR Thomas Huber entstanden und dem Gremium final im Jahr 2015 vorgestellt worden. Im Laufe der Jahre sei dieses nun abgearbeitet worden, über den aktuellen Stand habe die Verwaltung regelmäßig berichtet. Im Rahmen der Sitzung des Ausschusses am 12.05.2022 sei im Grundsatz die Fortschreibung des Konzeptes beschlossen worden. Die heutige Sitzung diene dem Austausch und der Vorstellung der neu definierten Handlungsfelder, welche durch die Kreisräte präsentiert werden.

Jochen Specht und Petra Aschenbrenner, SG Sozialplanung und Demografie, halten einen Sachvortrag anhand einer Präsentation (Anlage 3 zum Protokoll).

Sodann präsentieren die Kreisräte die folgenden Handlungsfelder:

1. Alter und Pflege, KRin Marina Matjanovski
2. Vereinbarkeit Familie und Beruf, KR Johannes von der Forst
3. Menschen in prekären Lebenssituationen, KRin Bianka Poschenrieder

KR Reinhard Oellerer informiert, dass der Landkreis eine vermittelnde und unterstützende Rolle zur Vermeidung von Obdachlosigkeit innehatte, die Unterbringung dabei grundsätzlich Aufgabe der Gemeinden sei. Insbesondere für kleine Gemeinden sei dies ein schwieriges Thema, diese bräuchten fachliche Unterstützung. Er schlage deshalb vor, sich dieser Problematik nochmals genauer zu widmen. Ein wirksames Konzept zur Bekämpfung von Obdachlosigkeit sei dabei in Finnland entwickelt worden. Möglicherweise könne ein Fachmann dem Gremium dieses Modell vorstellen.

Eine derartige Vorstellung erfolge nicht im Kreisgremium, da es sich um eine gemeindliche Aufgabe handele, so Brigitte Keller. Bei Bedarf könne dies im Rahmen einer Bürgermeisterdienstbesprechung erfolgen. Persönlich rate sie den Gemeinden sich an die Wohnbauge-

sellschaft Ebersberg gKU (WBE) zu wenden. Diese habe das Ziel der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, die Gemeinden hätten damit die Möglichkeit in interkommunaler Zusammenarbeit wieder öffentliches Wohneigentum aufzubauen. Einzige Voraussetzung hierfür sei die Bereitstellung eines gemeindlichen Grundstücks, die WBE würde sodann die Realisierung des Bauvorhabens übernehmen.

KRin Bianka Poschenrieder bittet darum, im Rahmen einer Bürgermeisterdienstbesprechung, diese Option zu bewerben.

4. Teilhabe am gesellschaftlichen Leben / Inklusion, KRin Ottilie Eberl
5. Integration von zugewanderten Menschen, KRin Marlene Ottinger
6. Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, KRin Marina Matjanovski

KR Reinhard Oellerer merkt an, dass es im Landkreis vermehrte Initiativen zum Thema Pflegenetzwerk geben würde. Diese Entwicklung empfinde er als sehr erfreulich, zur Vermeidung von Doppelstrukturen schlage er jedoch einen Austausch aller Akteure im Rahmen des „Rundes Tisches Pflege“ vor.

Jochen Specht stimmt zu, der „Runde Tisch Pflege“ müsse hier das koordinierende Organ sein.

Der Landrat bedankt sich für Fortschreibung des Demografiekonzeptes und die damit einhergehende Erarbeitung der sechs Handlungsfelder. Das Konzept habe sich in den letzten zehn Jahren bewährt, es sei zu einem Markenzeichen des Landkreises geworden. Durch die Entwicklung und Umsetzung zahlreicher Projekte könne sich der Landkreis engagiert für seine Bürger einsetzen.

KRin Dr. Susanne Markmiller zeigt sich ebenso erfreut über die Konzeptfortschreibung, die Fortführung der Projekte sei sinnvoll und erforderlich. Als wichtig erachte sie zudem deren Evaluation, Verbesserungen würden sich beispielsweise bei der zeitlichen Festlegung der Spielgruppen ergeben. Besorgt sei sie über die derzeitige Haushaltssituation, die sich zukünftig noch weiter zuspitzen werde. Alleine für die Umsetzung der Handlungsfelder und Maßnahmen des Demografiekonzeptes würden Sachkosten i. H. v. rund 385.000 € pro Jahr anfallen, was rund einen halben bis ganzen Kreisumlagenpunkt bedeute. Persönlich empfehle sie die Fortschreibung zeitlich

etwas nach hinten zu verschieben, prioritär seien die beiden Projekte im Bereich der Schulneubauten. Unter Berücksichtigung der finanziell angespannten Lage müsse sich der Landkreis auf Maßnahmen konzentrieren, die eine wichtige Unterstützung der Gemeinden darstellen (z. B. sozialer Wohnungsbau, Fachkräftemangel). Grundsätzlich werde sie der Fortführung des Demografiekonzeptes zustimmen, mahne jedoch zur Vorsicht im Hinblick auf die Umsetzung neuer Projekte. Die Fortführung der bestehenden Maßnahmen stelle sie dabei keinesfalls in Frage.

Jochen Specht informiert, dass sich mit der Fortführung des Konzeptes keine neuen Kosten ergeben würden. Die veranschlagten Sachkosten i. H. v. rund 385.000 € pro Jahr seien rein für fortzuführende Projekte. Die Verwaltung habe auch bereits bestehende Projekte umstruk-

turiert (z. B. Empfang für „Neueingebürgerte“ nur noch alle zwei Jahre), die finanziellen Einsparungen seien sodann auf andere Projekte umgelegt worden.

KR Manfred Schmidt befürwortet die Umsetzung der freiwilligen Leistungen im Pflegebereich, soweit die gesetzlichen Maßgaben zu wenig umfänglich seien. Der Landkreis müsse sich in besonderem Maße für die Pflegebedürftigen stark machen, diese hätten keine wirkungsvolle Lobby. Er werde der Fortführung des Demografiekonzeptes zustimmen, obgleich er Bedenken im Bereich einiger Zielsetzungen habe. Insgesamt habe er das Impulsgremium „Demografiekonzept“ als sehr zielführend und fruchtbar empfunden.

Nach Ansicht von KRin Ottilie Eberl profitieren die Gemeinden sehr von den geplanten und fortgeführten Projekten des Demografiekonzeptes. Durch die Umsetzung neuer Projekte würde sich auch keine exorbitante Steigerung der Sachkosten ergeben.

KRin Marlene Ottinger spricht sich lobend für das Konzept aus. Es analysiere die Bevölkerungsstruktur und definiere die Bedürfnisse der jeweiligen Bevölkerungsgruppe, teilweise über die gesetzlichen Pflichten hinaus. Viele Projekte würden diese auch unterstützen (z. B. Ehrenamtsempfang) und dessen Wirken potenzieren. Die Finanzierung und Durchführung sämtlicher Projekte, unabhängig von alt oder neu, müsse unter dem Gesichtspunkt der unterstützenden Wirkung zur Erfüllung von Pflichtaufgaben betrachtet werden.

#### **Der SFB-Ausschuss fasst folgenden Beschluss:**

**Dem Kreis- und Strategiausschuss wird folgender Beschluss vorgeschlagen:**

**Dem Kreistag wird folgender Beschluss vorgeschlagen:**

- 1. Die Fortschreibung des Demografiekonzeptes 2023 wird beschlossen. Das Demografiekonzept ist Bestandteil des Beschlusses und Anlage zur Niederschrift (Anlage 4 zum Protokoll).**
- 2. Das Sachgebiet 62-Sozialplanung & Demografie berichtet dem SFB-Ausschuss jährlich über den Fortgang des Demografiekonzeptes.**



einstimmig angenommen

Ja 14 Nein 0 Anwesend 14

<b>TOP 6</b>	<b>Einführung Bürgergeld; Erste Erfahrungen</b>
--------------	---

2023/0945

Sachvortragende(r):

Benedikt Hoigt, Geschäftsführer des Jobcenters Ebersberg

Benedikt Hoigt, Geschäftsführer des Jobcenters Ebersberg, berichtet in seinem Sachvortrag von den ersten Erfahrungen der Einführung des Bürgergeldes zum 01.01.2023.

KRin Marlene Ottinger informiert über die damalige Diskussion im Rahmen der Haushaltsdebatte, in der das Jobcenter einen Mehrbedarf an Personalstellen angemeldet habe. Dieser sei, insbesondere unter Berücksichtigung der angespannten Haushaltslage, nicht genehmigt worden. Dahingehend erkundigt sie sich nach der aktuellen Personalsituation.



Benedikt Hoigt erläutert, dass sich der Personalhaushalt des Jobcenters grundsätzlich aus zwei Trägern zusammensetze; dem Landkreis Ebersberg und der Bundesagentur für Arbeit. Derzeit seien, bis auf 1,8 Vollzeitäquivalente, alle Stellen besetzt, dennoch gestalte sich die Personalbeschaffung zunehmend schwieriger. Er sei jedoch zuversichtlich, zeitnah eine Vollbesetzung der offenen Stellen zu erzielen. Damit sei das Jobcenter gut auf die „Antragsflut“ der kommenden Monate vorbereitet.

KRin Otilie Eberl informiert über die bereits mit dem vorläufigen Dokument (Fiktionsbescheinigung) erhaltene Arbeitserlaubnis ukrainischer Geflüchteter (gemäß § 24 Abs. 1 Aufenthaltsgesetz) und erkundigt sich über die diesbezügliche Erfahrung aus Sicht des Jobcenters. Ziel sei es, die Flüchtlinge bestmöglich in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Mit der Rechtsänderung werde der sogenannte „Vermittlungsvorrang“ abgeschafft, der Leistungsbezieher müsse damit nicht mehr auf eine beliebige, verfügbare Arbeitsstelle vermittelt werden, so Benedikt Hoigt. Jeder Einzelfall werde umfassend geprüft, dabei liege das Augenmerk insbesondere auf sinnvollen Qualifizierungsmaßnahmen. Wichtig bei der Integration ukrainischer Geflüchteter in den Arbeitsmarkt sei, neben der erforderlichen Kinderbetreuung, auch das Angebot an Sprachkursen. Es seien bereits 104 Ukrainer erfolgreich eingegliedert worden, nach Beendigung der Sprachkurse im dritten und vierten Quartal 2023 werde diese Zahl weiter zunehmen. Oberste Priorität des Jobcenters sei es, den Kunden stets dort abzuholen wo er steht. Pro Jahr würden 500 bis 600 Personen auf dem ersten Arbeitsmarkt integriert werden, wovon 62,5 Prozent bedarfsdeckend seien.

KR Manfred Schmidt bittet um Information über die Höhe der Vergütung der vermittelten Leistungsbezieher auf dem Arbeitsmarkt, insbesondere inwiefern ein ausreichender Abstand zum Niedriglohnsektor bestehen würde.

Diese Frage befasse sich mit dem persönlichen Stellenwert der Arbeit und der damit verbundenen Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, so Benedikt Hoigt. Grundsätzlich berechne das Jobcenter stets die individuellen Bedarfe, mit Aufnahme einer Tätigkeit könne oftmals eine Bedarfsdeckung erzielt werden. Alternativ beziehe der Kunde aufstockende Leistungen neben seiner Erwerbstätigkeit. Das Jobcenter habe in diesem Bereich sehr gute Erfahrungen gemacht, die Menschen würden mit der Arbeit mehr verbinden als eine reine Bestreitung des Lebensunterhalts.

KRin Dr. Susanne Markmiller berichtet über die, im Rahmen der Sitzung am 07.12.2022 beschlossene, Anpassung der Mietobergrenzen für den Landkreis Ebersberg zum 01.01.2023. Dabei werde nun nicht mehr die Brutto- sondern die Nettokaltmiete ausgewiesen. Sie erkundigt sich nach ersten Erfahrungswerten. Sodann nimmt sie Bezug auf die Prüfung der Angemessenheit der Wohnung nach Ablauf der Karenzzeit (12 Monate) und bittet um Information über die Anzahl an Leistungsberechtigten in überbewerteten Wohnungen.

Benedikt Hoigt erläutert, dass sich derzeit alle 1.653 Bedarfsgemeinschaften in Karenz befinden würden. Eine Prognose über die Anzahl an Kunden in überbewerteten Wohnungen könne er ab 01.06.2023 stellen, hier würden die ersten diesbezüglichen Schreiben durch das Jobcenter versandt werden. Die Höhe der damit verbundenen Kosten sei nicht bezifferbar. Grundsätzlich würde das Jobcenter alle Anstrengungen zur Vermeidung von Obdachlosigkeit

unternehmen, den damit würde häufig der soziale Abstieg einhergehen. Die betroffenen Bürger würden rechtzeitig informiert werden, sich um eine angemessene Wohnung zu bemühen.

**Der SFB-Ausschuss nimmt den Sachstandsbericht zur Einführung des Bürgergeldes zur Kenntnis.**

TOP 7	Sportförderung; Anpassung der Jugendsport- und Übungsleiterförderung an die Vereinspauschale
-------	---

2022/0849

11/2

Vorberatung

FSK-Ausschuss am 27.10.2008 und 21.10.2009  
SFB-Ausschuss am 28.03.2012 und 20.06.2012  
SFB-Ausschuss am 04.10.2017, TOP 15ö

Sachvortragende(r):

Hubert Schulze, stv. Sachgebietsleiter SG 11, Bildung und IT

Hubert Schulze, stellvertretender Sachgebietsleiter Bildung und IT, hält einen Sachvortrag anhand einer Präsentation (Anlage 5 zum Protokoll).

Es folgt keine Wortmeldung.

**Der SFB-Ausschuss fasst folgenden Beschluss:**

- 1. Die Jugendsportförderung nach Ziffer II.2 der Kreissportförderrichtlinien wird ab dem Förderjahr 2024 auf 3 EUR angehoben.**
- 2. Ziffer II.3 der Kreissportförderrichtlinien wird ab dem Förderjahr 2023 wie folgt geändert:**

**Nach den zum 01.03. des Förderjahres im staatlichen Verfahren anerkannten Daten erhält jeder Verein**

- a) für jede im Rahmen der Vereinspauschale anerkannte und im laufenden Jahr eingesetzte C-Lizenz 80 EUR.**
- b) für jede im Rahmen der Vereinspauschale anerkannte und im laufenden Jahr eingesetzte B-Lizenz 120 EUR.**
- c) für jede im Rahmen der Vereinspauschale anerkannte und im laufenden Jahr eingesetzte A-Lizenz 160 EUR.**

**Je Übungsleiter und Sportart kann nur eine Lizenz anerkannt werden.**

- 3. Die Kreissportförderrichtlinien werden in der beiliegenden Fassung beschlossen und treten rückwirkend zum 01.03.2023 in Kraft.**



einstimmig angenommen

Ja 15 Nein 0 Anwesend 15

TOP 8	Bekanntgabe von Eilentscheidungen
-------	-----------------------------------

keine

TOP 9	Informationen und Bekanntgaben
-------	--------------------------------

keine

TOP 10	Bekanntgabe aus nichtöffentlicher Sitzung
--------	---

Michael Ottl, wissenschaftlicher Rechtsberater und Leiter Büro des Landrats verliest folgende in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse:

Aus dem Protokoll zur Sitzung des SFB-Ausschusses vom 07.12.2022:

TOP 13 N Sachaufwand Schulen; Vereinbarungen zum Schulsport in Markt Schwaben

Der SFB-Ausschuss fasst folgenden Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, eine monetäre Bilanz von Investitionsbeteiligungen des Landkreises und Nutzungsrechte n zu erarbeiten und dem SFB-Ausschuss vorzulegen.
2. Im Lichte dieser Bilanz kann der SFB-Ausschuss über eine einvernehmliche Auflösung der bestehenden Verträge entscheiden.



einstimmig angenommen

Aus dem Protokoll zur Sitzung des SFB-Ausschusses vom 14.02.2023:

TOP 12 N Sachaufwand Schulen; Vereinbarungen zum Schulsport in Markt Schwaben

Der SFB-Ausschuss fasst folgenden Beschluss:

1. Der Landkreis Ebersberg stimmt einer einvernehmlichen Auflösung der bestehenden Verträge zum 31.12.2023 zu.
2. Die Verwaltung wird beauftragt mit dem Markt Markt Schwaben dieselben Vereinbarungen zu treffen, wie sie auch in anderen Gemeinden, in denen die kreiseigenen Schulen Sportanlagen der Gemeinde nutzen, bestehen.



einstimmig angenommen

TOP 11	Anfragen
--------	----------

KRin Otilie Eberl berichtet über eine an sich gerichtete Anfrage der Initiative „Selbsthilfe Ebersberg“. Diese planen eine Ausstellung in Ebersberg zum Thema „Antistigmatisierung von psychischen Erkrankungen“ und erkundigen sich dahingehend um Fördermöglichkeiten.

Jochen Specht informiert, dass die Dame bereits an ihn herangetreten sei. Gerne dürfe die Initiative eine Ausstellung in Ebersberg organisieren, das Landratsamt bezuschusse dies durch die Übernahme des Caterings.

Der Landrat schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 16:15 Uhr.

Ende der Niederschrift der öffentlichen Sitzung.